



Eine mögliche Lösung mit zwei demokratischen Staaten: Israel und Palästina

„Der Gedanke ohne die Realität der Umgestaltung ist bedeutungslos“

Hugo Sinzheimer, SPD -Politiker, 1875-1945

Diese Stellungnahme zur aktuellen Situation um Israel soll ein Beitrag zur interparteilichen Diskussion sein. Sie beschäftigt sich mit der Forderung des Vorrangs der Befreiung der Geiseln und benennt aus unserer Sicht Grundsätze für einen Prozess in Richtung einer möglichen Lösung mit zwei demokratischen Staaten: Israel und Palästina. Wir betonen, zwei demokratische Staaten. Einen islamistischen Staat wird Israel aus Sicherheitsgründen verhindern. Eine Zweistaatenlösung ohne Zustimmung von Israel kann nicht verwirklicht werden.

Vorrang für die Geiseln

Wir haben uns für die politische Linie der Geiselfamilien entschieden. Es muss dringend mit Vorrang darum gehen, die letzten noch lebenden Geiseln nach Hause zu bringen.

Deshalb schließen wir uns den Forderungen der Geiselfamilien an, den Krieg zu beenden, um die Geiseln freizubekommen. Das ist auch die Forderung – nach Umfragen - der Mehrheit in Israel. Ob das gelingt, hängt allerdings weiterhin vollständig von den Geiselnehmern, der Hamas, ab.

Es gelten deshalb auch die schwierigen ethischen Regeln im Umgang mit Geiselnehmern. Wir halten es für angebracht, darüber eine politische Diskussion mit starkem Realitätsbezug zu führen. Als Sozialdemokraten möchten wir in diesem Zusammenhang an Helmut Schmitt erinnern.

Wir sehen es als völlig richtig an, mit dem Krieg nach dem 7. Oktober 2023 die Hamas militärisch zu zerstören. Indem die Hamas es zu ihrer militärischen Strategie gemacht hat, die palästinensische Bevölkerung und die medizinische und sonstige zivile Infrastruktur in Gaza systematisch und konsequent zum Schutzschild für ihre militärischen Einheiten zu machen, war und ist es ein sehr schwieriger und harter Krieg.

Die Hamas ist mittlerweile militärisch zerstört, bleibt aber eine schwerbewaffnete Terrororganisation. Es ist aus unserer Sicht ein ethisches Gebot, militärisch und politisch die Freilassung der Geiseln den Vorrang zu geben, also den Krieg zu beenden und die Hamas als Terrororganisation weiter zu bekämpfen. Vereinbarungen, die auf Geiselnahme und damit auf Erpressung beruhen, sind nicht rechtsbeständig oder ethisch bindend und verhindern nicht den weiteren Kampf gegen den Terror.

Nach der Beendigung des Krieges muss von der Weltgemeinschaft und insbesondere von den arabischen Staaten sichergestellt werden, dass der Iran die Hamas nicht wieder militärisch und im Terror unterstützt. Das muss aus unserer Sicht neben der atomaren Bedrohung der Kern einer deutschen Iranpolitik sein. Auch die Rolle von Katar als Finanzier der Militarisierung der Hamas muss ein politisches Thema werden. „Follow the money“ ist ein Kernprinzip des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität, auch beim Thema Terror- und Hamas-Finanzierung.

Wir sind sehr dafür, dass die Täter und Helfer, die an den Geiselnahmen, der Folter, den Vergewaltigungen und Morden am 7. Oktober 2023 beteiligt waren, vor einem israelischen Strafgericht gestellt und diese Verfahren öffentlich geführt werden. Das sind wir den Opfern und Überlebenden schuldig.

Zum Thema Waffenlieferungen an Israel. Deutschland ist nach den USA der wichtigste Waffenlieferant. Wir erinnern an die Bedeutung der Waffenlieferungen an Israel für Willy Brandt. In den ersten Tagen des Yom Kippur Krieges hat „die Bundeswehr – auf ausdrückliche Anweisung Willy Brandts – ... Waffen an das in den ersten Kriegstagen schwer bedrängte Israel geliefert. Dies enthüllte Klaus Harpprecht im Jahr 2000 in einem Artikel für „Die Zeit“. Brandt hielt es damals für seine Pflicht, Israel zu helfen, obwohl er damit gegen das bundesdeutsche Kriegswaffenkontrollgesetz verstieß.“ Dieses Zitat ist der Webseite der Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung entnommen.

Zwei demokratische Staaten

Für sehr viele Politiker ist die Lösung der terroristischen und kriegerischen Konflikte im Nahen Osten einfach und klar: die Anerkennung eines palästinensischen Staates neben dem Staate Israel. Aber was seit Jahrzehnten auffällt, von palästinensischen Organisationen kommen nur grundsätzliche Forderungen nach einem Staat Palästina aber seit dem Jahr 2001 keinerlei Mühen mit Israel an einer Verwirklichung zu arbeiten.

Eine symbolische Anerkennung eines real nicht-existierenden Staates würde nichts an der Lebenssituation der Palästinenser ändern. Es geht um konkrete Veränderungen, vor allem in den Köpfen, über Zwischenschritte zu einer Lösung, die nur aus zwei demokratischen Staaten bestehen kann. Alles andere ist ein Gedanke ohne Umgestaltung der Realität. Das wäre bestenfalls bedeutungslos.

Wer die Familien der Geiseln unterstützen will, und von der Hamas fordert, endlich alle Geiseln und alle Leichen freizugeben, der sollte auch unterstützen, was das Forum der Geiselfamilien offiziell über eine symbolische Anerkennung am 30. Juli 2025 sagte:

“Eine derzeitige Anerkennung verleiht als Folge den grauenvollen Verbrechen der Hamas eine Legitimität.“ Die mittlerweile freigelassene Geisel Emily Damari schrieb auf Instagram, warum diese symbolische Anerkennung sie wütend macht: „This move does not advance peace — it risks rewarding terror. It sends a dangerous message: that violence earns legitimacy.“

Emily Damari wurde im Kibbutz Kfar Aza angeschossen und entführt. Ihr wurden dann zwei Finger von einem Arzt amputiert, der sich mit „Dr. Hamas“ im Shifa Hospital in Gaza vorstellte. Sie wurde zeitweise mit neun anderen Geiseln in einem Käfig im Tunnel gehalten. Sie kam im Januar 2025 mit anderen Geiseln in einem „Deal“ frei. Sie erzählt, ihre größte Angst sei gewesen, die Hamas würde herausfinden, sie sei lesbisch, denn ihre Bewacher sagten, Homosexuelle werden gleich erschossen.

Unsere Überlegungen zur Lösung der Konflikte gründen unter anderem auf ein Gespräch des Vorstandes des AK im Januar 2025 in Berlin mit Yair Golan, Vorsitzender der neuen Partei HaDemokratim, ein Zusammenschluss der Arbeiterpartei Awoda und der Meretz Partei (Meretz stammt aus der frühen Kibbutz-Bewegung und ist eine ausgesprochene Friedenspartei). Yair Golan war stellvertretender Chef des Generalstabs der israelischen Armee. Seine Ernennung zum Chef haben die Rechtsradikalen in der Regierung verhindert, worauf er in Rente ging. Am 7. Oktober 2023 hat er als Zivilist einige Leben retten können. Im Jahr 2024 wurde er in einer Mitgliederentscheid zum Vorsitzenden der HaDemokratim gewählt.

Wir halten es für wichtig, wenn die SPD sich im intensiven Austausch mit der HaDemokratim sich sehr viel intensiver mit der Komplexität der Thematik beschäftigen

würde. Es ist auch ein innenpolitisches Thema, wie die SPD sich mit dem Thema „zwei demokratische Staaten Lösung“ beschäftigt. Es geht auch um die demokratische Identität Deutschlands. Wie sich seit dem 7. Oktober 2023 zeigt, hat die Terrororganisation Hamas eine weltweite Anhängerschaft unter den Islamisten. Diese Anhängerschaft beeinflusst mittlerweile auch den Bundestag und politische Parteien.

Wir möchten einige Grundsätze skizzieren, die wir später schriftlich und in Diskussionen vertiefen werden. Diese Grundsätze sehen wir als notwendig an, um eine demokratisch legitimierte Lösung zu erreichen.

1. Ein Sprung vom harten Krieg in eine „Zwei-Staatenlösung“ ist weder politisch noch psychologisch möglich und auch nicht wünschenswert, weil dabei wichtige Zwischenschritte nicht stattfinden. Ohne Zwischenschritte wird eine Lösung keinen Bestand haben. Es bedarf einer Zeit von mehreren Jahren der Zwischenschritte und „es ist nicht zwingend“, dass am Ende eine Zweistaatenlösung steht.
2. Für jeden Schritt, auch für den ersten, und später für den Bestand einer Lösung der zwei demokratischen Staaten gilt die Sicherheit Israels als oberstes Prinzip. Nur wenn das überzeugend gewährleistet ist, wird es eine Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung in Israel zu den wichtigen Zwischenschritten und zur Lösung selbst geben. Das Sicherheitsthema steht deshalb im Zentrum sämtlicher Überlegungen für eine Lösung. Das war im Gespräch mit Yair Golan sein wichtigster Punkt.
3. Wir erinnern daran, dass die 2. Intifada der radikalen Palästinenser mit Selbstmordattentate in israelische Diskos und Cafes jegliche Hoffnung auf eine Verwirklichung der Oslo Abkommen bis heute zerstört hat. Wir erinnern daran, dass die Hamas mit ihrem militärischen Angriff am 7. Oktober 2023 auf die Kibbuzim an der Grenze zu Gaza und auf das Festival von jungen Israelis in der Nähe von Gaza ganz bewusst, kalkuliert und gezielt Israelis gefoltert, vergewaltigt, ermordet und entführt hat, die noch Hoffnungen auf einen Frieden hatten.
4. Ohne Vertrauen in den Friedenswillen der palästinensischen Seite wird es keine Zustimmung Israels zu den wichtigen Zwischenschritten und zur Lösung geben. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass von palästinensischer Seite und von den arabischen Ländern klar und ohne „Hintertür“ der Terrorismus mit religiöser Unterstützung geächtet wird. Eine typische „Umschreibung“ des Terrorismus in palästinensischen Kreisen ist die Behauptung des „Widerstandes“. Deutschland und die EU haben die Aufgabe, auf diese wirksame Ächtung zu drängen und zum wichtigsten Anliegen ihrer Nahost-Diplomatie zu machen.

5. Ein besonders schwieriger aber unbedingt notwendiger Schritt ist der Abbau der Feindbilder auf beiden Seiten. Über diesen Schritt wollen wir besonders viel diskutieren, denn die SPD und Deutschland haben hier eine Aufgabe zu erfüllen. Der deutliche Abbau von Feindbildern ist eine unbedingte Voraussetzung für eine stabile zwei demokratische Staatenlösung. Feindbilder gegen Israel und Juden sind die Grundlage der Politik des Terrorismus. Ohne diese Feindbilder gründlich abzubauen, wird die nihilistische Politik der Palästinenser nicht zu Ende kommen. Ein palästinensischer Staat auf der Grundlage der Menschenwürde, der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, Presse- und Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit kann nicht mit Hass auf Israel und Juden Wirklichkeit werden. Aus der Erfahrung mit dem Antisemitismus versteht die israelische Seite die Wirkung von Feindbildern sehr genau. Auch Zwischenschritte werden keine Zustimmung von Israel erhalten, wenn auf palästinensischer Seite die Ächtung des Terrorismus nur formal erfolgt, Feindbilder aber nicht von palästinensischen Organisationen und religiösen Führern konkret und wirksam aufgelöst werden.

Deutschland hat mit seiner Vergangenheit des Völkermordes sehr stark davon profitiert, dass die Juden Deutschland nicht wegen der Schoah zum Erzfeind erklärt haben, sondern sehr darauf achteten, wie Deutschland nach dem 8. Mai 1945 langsam zu einer stabilen Demokratie wurde und auch weiterhin bleibt. Deshalb hat die SPD eine wichtige Aufgabe im Abbau des Antizionismus, also der Feindbilder gegen Israel und Juden.

6. Politisch bestehen wir darauf, dass die Lösung nur aus zwei demokratischen Staaten bestehen kann, und diese „Konflikte“ nicht einfach in „zwei Staaten“ zu lösen sind. Ein islamistischer Staat der Palästinenser würde das Sicherheitsbedürfnis Israels nicht erfüllen. Die zwei Staaten müssen die Menschenwürde, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichstellung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, eine unabhängige Justiz und freie Wahlen durch ihre Verfassung sichern. Auch Israel muss die bestehenden verfassungsrechtlichen Unsicherheiten mit einer schriftlichen Verfassung positiv beenden.

Datum, 31. Juli 2025

Abraham de Wolf, Vered Zur, Ilia Coukhlov, Petra Somberg-Romanski, Guilhem Zumbaum-Tomasi, Helena Neumann-Dreyling, Alexander Dohayman

Der Vorstand